

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 4. März 2020

### 2280. 2020/28

**Antrag des Büros vom 27.01.2020:**

**Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR; AS 171.110),  
Teilrevision Anpassung Taggeld**

Referent zur Vorstellung des Antrags / Kommissionmehrheit:

**Dr. Davy Graf (SP):** Dieser Verordnungsentwurf eines Vergütungsreglements hat zwei Aspekte. Beim einen geht es um eine Taggeldanpassung, beim zweiten um eine Präzisierung, was eine Pause ist und wie lange sie dauern kann. Der zweite Punkt ist relativ schnell erklärt: Wir haben diese 30 Minuten aufgenommen, um andere Modelle ausprobieren zu können – das werden wir in Zukunft auch tun. Der erste Punkt ist natürlich wesentlich interessanter. Als der «Tages-Anzeiger» über den Kantonsrat berichtete, der hier drin über seine eigenen Entschädigungen debattierte, entstand die Schlagzeile «Saftige Lohnerhöhung». Ich hoffe, dass nach meinen Ausführungen klar ist, dass es hier nicht um etwas Saftiges geht, sondern um eine notwendige Korrektur. Der Anstoss zu dieser Revision der Taggeldentschädigungsverordnung ist gleich wie jener beim Kantonsrat und stammt von der Sozialversicherungsanstalt (SVA). Bis letztes Jahr war ein grosser Teil der Sitzungsgelder der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht sozialversicherungspflichtig und wurde als Spesen behandelt – de facto machten das etwa zwei Drittel davon aus, was wir ausbezahlt erhielten. Die SVA monierte dies zu Recht und sagte, dass Spesen immer den kleineren Teil einer Vergütung ausmachen müssten. Das leuchtet jedem ein. Letztes Jahr fanden wir mit der SVA eine Lösung, wie wir dieses Verhältnis umkehren könnten. Die Grundentschädigung pro Monat plus die ersten zwanzig Franken des Taggeldes gilt nun als Spesen. Alles darüber hinaus ist seit dem 1. Mai 2019 neu sozialversicherungspflichtig. Neu sind also zwei Drittel der Vergütungen sozialversicherungspflichtig. Es war richtig, dass uns die SVA hierauf aufmerksam gemacht hat und uns zu handeln gezwungen hat. Das bedeutet aber auch, dass jedes Ratsmitglied netto rund 600 Franken weniger Entschädigung erhält. Unsere Entschädigungen sind dadurch also geschrumpft. Ich möchte das Argument einer der zwei Minderheiten bereits jetzt vorwegnehmen: Es ist schön, dass auch die FDP und SVP sagen, dass Lohnnebenkosten nun einmal gottgegeben und Teil der Lohnkosten sind. Mit diesem Wechsel haben wir aber einen eigentlichen Systemwechsel vollzogen. Es wurde nicht bloss die Höhe der Abzüge geändert. Als Resultat erhalten die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nun weniger. Diese Reduktion entspricht nicht dem Zeitgeist, wie wir bei den Erhöhungen im Kantonsrat sehen konnten. In den letzten Jahren stiegen die Anforderungen in Sachen Komplexität und Mehraufwand, die das Amt an uns stellt. Eine Reduktion wäre sowohl nach innen als auch nach aussen ein falsches Signal. Das Büro hat deswegen versucht, einen Kompensationsmechanismus zu finden: Etwa den Spesenanteil zu erhöhen oder eine zusätzliche Entschädigung einzuführen. Es kam davon

*aber wieder weg, weil das genau nicht jene stärkt, die sich am meisten für den Rat einsetzen. Das sind jene, die Sonderfunktionen übernehmen, die ebenfalls über Taggelder entschädigt werden. Gerade in einem Milizsystem wie dem Gemeinderat sind solche Funktionen sehr wichtig und beanspruchen viel Zeit und Energie. Die Mehrheit des Büros schlägt darum vor, die Taggelder zu erhöhen – die einfachen Taggelder bis zu zwei Stunden von 130 auf 140 Franken. Das bedeutet, dass auch alle anderen Taggelder um jeweils 10 Franken nach oben rutschen. Diese Erhöhung ist eine leichte Überkompensation. Wir treffen nicht genau die 600 Franken, sondern es wird eher bei etwa 800 Franken zu liegen kommen. Für den Gemeinderat als Ganzes bedeutet das eine Budgeterhöhung von rund 100 000 Franken. Man darf aber nicht vergessen, dass die letzte Anpassung der Taggelder an die Teuerung 2008 erfolgte und somit zwölf Jahre her ist. Die Teuerung war seither zwar nicht galoppierend, aber die Lebenshaltungskosten sind teilweise doch deutlich gestiegen. Die Mehrheit aus SP, Grüne und GLP ist für die Kompensation und kämpft nun an zwei Fronten. Die eine Minderheit findet, man sollte hinnehmen, dass die Entschädigungen reduziert werden. Eine andere Minderheit geht der Vorschlag zu wenig weit. Sie wollen eine stärkere Änderung – vielleicht sogar hin zum Kantonsratsmodell. Dieser Minderheit kann ich sagen: Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Wir wollen den Milizcharakter dieses Parlaments stärken und da geht es nicht einfach nur um Entschädigungen, sondern auch um Pensionskassengelder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – hier geht es um eine blosse Korrektur und ich bitte sie, diese anzunehmen und dem Vorschlag zuzustimmen.*

Kommissionsminderheit:

**Albert Leiser (FDP):** *Für die Minderheit aus AL, SVP und FDP geht es primär nicht um diese zehn Franken. Uns geht es um das Prinzip. 1948 wurde die AHV gegründet, auf die wir in dieser sozialen Schweiz sehr stolz sind. Hier geht es um die Gerechtigkeit, dass man entsprechend mehr abgeben muss, wenn man mehr erhält. In der AHV ist klar geregelt, dass jeder nach oben offen alles bezahlen muss. Ich würde nichts sagen, Dr. Davy Graf (SP), hätten wir nicht schon häufig darüber diskutiert und Mischa Schiwow (AL) dabei stets gesagt hätte, wir müssten in diesem Rat über die ganze Entschädigungsfrage das Thema aufnehmen. Mischa Schiwow (AL) sagte immer: Ich werde es bringen. Erstaunlicherweise nahm Markus Kunz (Grüne) das Thema auf – vermutlich inszeniert, damit die AL das nicht tun muss. Aufgrund dieser Situation sind wir der Meinung, man sollte auf diese Erhöhung um zehn Franken verzichten. Man kann das Thema diskutieren, ob wir korrekt entschädigt werden. Der Kantonsrat hat seine eigene Entschädigung gemacht und dabei ging es nicht per se um die AHV. Wir sind der Meinung, dass wenn ein Mitarbeiter etwas an die AHV abliefern muss, er nicht einfach mehr Lohn verlangen kann. Es kommt mir quer rein: Es geht um ein Anliegen, für das ihr euch sonst immer eingesetzt habt. Nun müsst ihr selber dafür zahlen und wollt euch zehn Franken dafür herausnehmen. Darüber zu diskutieren ist scheinheilig und darum lehnen wir das als Minderheit ab. Als Minderheit SVP und FDP – da gehört die AL jetzt nicht dazu – haben wir immer gesagt, dass die Pause kein Sitzungsgeld gibt. Nun wollt ihr das auf diesem Weg einführen. Ab 31 Minuten gibt es keine Entschädigung und da passiert das Gleiche wie mit den zehn Franken: Man schaut für sich und meint, das bringe einem etwas und alle anderen sollten zahlen. Deshalb lehnen wir die zehn Franken ab,*

*aber es geht nicht um diese zehn Franken, sondern um Gerechtigkeit. Eure Wählerschaft zahlt auch jeden Tag in die AHV ein.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Bartholdi (SVP):** *Ich kann direkt dort anschliessen, wo mein Vorredner aufgehört hat. Der Auslöser waren die Sozialabzüge. Wir haben vorwärts und rückwärts gerechnet, welches die beste Lösung sein könnte. Wir müssen feststellen, dass wir jahrelang eigentlich zu viel Geld erhalten haben, weil wir diese Abzüge nicht korrekt abgerechnet haben. Das zu korrigieren, ist selbstverständlich und logisch. Man kann sagen: Wir haben jahrelang zu viel erhalten, korrigieren das und erhalten nun ein paar Franken weniger. Diese Abzüge sind schliesslich kein verlorenes Geld, sondern für die Sozialversicherungen. Davon profitieren einige; und jene, die höhere Löhne haben, halt weniger. Für den Steuerzahler bedeutet diese Erhöhung, dass er am Schluss einfach mehr bezahlen muss. Die Parlamentssitzungen kosten mehr und das liegt nicht im Interesse der SVP. Wir begreifen natürlich das Argument, dass seit 2008 kein Teuerungsausgleich mehr stattgefunden hat – wobei die Teuerung in den letzten Jahren nicht wahnsinnig hoch war. Ursache war aber die Geschichte mit den Sozialversicherungen und hier fragt die AL zu Recht, ob diese Entschädigung überhaupt korrekt ist oder nicht. Das ist aber eine andere Debatte. Das Beispiel des Kantonsrats, der die Entschädigungen am Montag massiv und gegen den Widerstand der SVP-Fraktion erhöht hat, wollen wir genau nicht. Wir wollen das Milizsystem erhalten. Wir müssen nicht nur über diese zehn Franken sprechen, sondern von diesen 140 Franken für maximal zwei Stunden. Das sind also 70 Franken pro Stunde – für einen Arbeitnehmerlohn ist das ein sehr guter Stundenlohn. Ich denke, die meisten hier haben bei ihrer Arbeitgeberin nicht einen so guten Stundenlohn. Rechnet man das auf 2000 Stunden pro Jahr, dann endet man bei weit über 100 000 Franken. Mir ist klar: Wir sprechen hier nur über das Sitzungsgeld und daneben hat man auch noch Aufwand, aber dieser ist doch sehr individuell. Es ist auch richtig, dass man kaum Geld dafür erhält, wenn man für eigene Vorstösse streiten muss. Die 130 Franken sind nach wie vor richtig. Würde man aufgrund der Sozialversicherung diesen Wert anpassen, dann müsste man das auch tun, wenn die Steuern steigen oder die Sackgebühr erhöht wird – das war jetzt ad absurdum geführt, aber das kann es wirklich nicht sein. Deshalb sind wir im Sinne unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dagegen.*

**Andreas Kirstein (AL):** *Die AL lehnt die vorliegende Änderung der Entschädigungsverordnung aus zwei Gründen ab. Den ersten Grund hat Albert Leiser (FDP) mit sehr weit zurückreichenden, historischen Reminiszenzen korrekt formuliert. Es ist ein schlechtes Signal an alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diese Abzüge auf ihre Löhne auch akzeptieren müssen, wenn ausgerechnet links-grün sofort nach Kompensation ruft, wenn die Löhne an die Realitäten der Sozialabgaben angepasst werden. Der zweite Grund ist viel gewichtiger: Diese Erhöhung ist reine Kosmetik und ändert nichts an den im Prinzip viel zu tiefen Entschädigungen in diesem Rat. Diese Entschädigungen müssten nach Meinung der AL gut und gerne verdoppelt werden. Damit wäre sichergestellt, dass dies wirklich ein Milizparla-*

ment bleibt, dass die gesamte Bevölkerung in seiner Zusammensetzung zumindest annähernd widerspiegelt. Betrachtet man den Aufwand für eine seriöse Vorbereitung – nicht nur auf diese Ratssitzung, sondern auch auf Kommissionssitzungen – dann kommt man mit dieser Entschädigung auf einen Stundenlohn, der mit der Realität nichts mehr zu tun hat. Ich bin mir dabei bewusst, dass die Seriosität der Vorbereitung je nach Person von unterschiedlicher Qualität ist – und das gilt für alle Fraktionen. Diese Entschädigungen führen de facto dazu, dass es sich irgendwann nur noch Vermögende und Verwaltungsangestellte – die häufig von ihrer Verwaltung bezahlten Urlaub erhalten – leisten können, in diesem Parlament Einsitz zu nehmen. Meine Damen und Herren, was sagen sie der Kassiererin, die gerne Gemeinderätin werden möchte? Wenn ihr von der Migros – dort kann ich mir das noch vorstellen, an anderen Orten ist das gar nicht möglich – eine 60- oder 80-Prozent-Anstellung ermöglicht wird. Soll diese Frau mit ihrem 80-Prozent-Kassiererin-Lohn und dem Taggeld eine Familie durchbringen? Sie wissen ganz genau, dass sie das nicht kann. Das Parlament wird mit dem heutigen System weiter und in Zukunft noch mehr aus Lobbyisten, Bürogeheimen und Langzeitstudentinnen und -studenten bestehen. Das kann nicht im Interesse von uns allen sein – insbesondere nicht von der SVP- und FDP-Fraktion. Lehnen Sie deshalb diese Mini-Erhöhung ab, bieten Sie Hand für eine echte Revision der Entschädigungsverordnung, die zu einem Gemeinderat führt, der die gesamte Bevölkerung auch über die Klassen einigermassen korrekt widerspiegelt.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Voten der Sprecher von AL und SP sind interessant. Der AL-Sprecher hat gerade gesagt, dass netto zu wenig vom Lohn bleibt – dass einem der Staat also zu viel Geld wegnimmt. Rechnet man die Krankenkassenprämien – bei denen Ruth Dreifuss von der SP ein so schlechtes System eingeführt hat, in dem die Prämien explodierten, obwohl sie gesagt hat, sie würden sinken – die Sackgebühren und alle Abgaben, bei denen der Staat in die Taschen der Menschen greift, dann arbeiten sie heute etwa das halbe Jahr für den Staat. Wenn der AL-Sprecher wirklich glaubt, dass der Raubzug des Staats auf den Bürger das Problem ist, dann nützt es auch nichts, wenn man dem Bürger ein paar Franken mehr gibt. Der Raubzug des Staats auf den Bürger muss gestoppt werden. Das Votum des SP-Sprechers ist interessant, weil er sagte, in den letzten zwölf Jahren seien die Lebenshaltungskosten stark gestiegen und das rechtfertige eine Erhöhung. Bei meiner persönlichen Erklärung habe ich gesagt, dass in den letzten dreizehn Jahren eine Million Leute ins Land gekommen sind, was die Mietpreise nach oben gedrückt hat – also genau die gleiche Zeitspanne. Der SP-Sprecher bestätigt also die Realität, dass die Masseneinwanderung dem Bürger weniger Lebensqualität einbringt. Was bringt es mir, wenn 100 000 Leute in die Stadt kommen, aber die Mieten steigen? Der zweite interessante Punkt am Votum des Sprechers der SP ist, dass der Zeitgeist momentan so sei, dass der links-grüne Kantonsrat seine Taschen auf Staatskosten füllt. Darum können wir im Gemeinderat auch einfach Geld vom Steuerzahler wegnehmen. Um nochmals auf die Eingangsdiskussion zu sprechen zu kommen: Wenn wir wirklich glauben, dass der Weltuntergang in zehn Jahren droht, dann müssen wir auf das Grundproblem schauen. Dieses ist der Konsum. Wenn wir konsumieren, wird etwas produziert und die Umwelt belastet, CO<sub>2</sub> ausgestossen usw. Wenn also der links-grüne Kantonsrat sich in bester Manager-Abzocker-Manie die Taschen füllt, dann hat er mehr Geld für den Konsum; und zwar 15 000 Franken pro Jahr.

*Es gibt nun also ganz viele Leute, die mehr Geld für den Konsum ausgeben können. Der Weltuntergang wird also befeuert und die linke Politik hat die Klimajugend schon wieder enttäuscht. Wer an den Weltuntergang glaubt, sollte also dafür sorgen, dass die Leute möglichst arm werden. Wer dafür sorgt, dass wir weniger Geld fürs Fliegen, für neue Computer und Autos haben – für alles, um das Leben zu geniessen, der verhindert aus seiner Warte den Weltuntergang, denn so wird der Konsum eingeschränkt. Was sie mit ihrer Weltuntergangsfantasie also indirekt fordern, ist, dass die Leute ausser einem Quadratmeter, den man sein Zuhause nennt und ein paar Fränkli für Lebensmittel nichts mehr hat, um zu konsumieren. Wie sie aber gerade wieder selbst beweisen, ist das alles nur Fantasie und Propaganda, um den Leuten Angst zu machen und Wahlen zu gewinnen. Sobald es um ihre eigene Kasse geht, greifen sie in bester Abzocker-Manager-Heuschrecken-Manie in die Staatskasse, wie man es halt macht, wenn man bei den Linken an der Macht ist.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Die GLP unterstützt die Anpassung der Entschädigungsverordnung. Für uns ist klar, dass die Entschädigungen für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte selbstverständlich korrekt sozialversicherungstechnisch abgehandelt werden müssen. Gleichzeitig ist für uns auch klar, dass es sich bei dieser doch verantwortungsvollen Tätigkeit mit komplexen Themen, mit denen wir uns jede Woche hoffentlich intensiv auseinandersetzen, nicht um ein privates Hobby oder sonst ein persönliches Interesse von irgendjemandem handelt, das man so nebenbei betreiben kann. Darum sind wir der Auffassung, dass die Anpassungen, die durch die Unterstellung an die Sozialversicherungspflicht entstehen, kompensiert werden sollen. Darüber hinaus und Bezug nehmend auf das Votum von Andreas Kirstein (AL): Wir sind sehr offen, diese Diskussion zu führen, wenn sie dann kommt. Wir glauben aber auch, dass wir hier einen konkreten Vorschlag haben, der auf der Situation der Sozialversicherungsunterstellung basiert. Wir sollten Schritt für Schritt die Sachen erledigen. Darum sagen wir jetzt Ja und sind anschliessend gespannt auf die Vorstellungen, Projekte und Ideen, die zum zweiten Thema noch kommen werden.*

**Martina Zürcher (FDP):** *Ich möchte auf das Wort Teuerung eingehen, das ein paarmal genannt wurde. Der Mehrheitssprecher sagte, die Teuerung sei in den letzten zwölf Jahren «nicht galoppiert». Ich würde sagen, sie blieb im Stall stehen. Seit 2012 bis heute betrug die Teuerung ziemlich genau null. Das können sie alles unter dem Fachbegriff Landesindex der Konsumentenpreise nachlesen.*

**Peter Anderegg (EVP):** *Wir sind der Ansicht, dass wir hier nicht über eine Erhöhung des Sitzungsgeldes diskutieren, sondern über eine minimale Korrektur, die absolut angebracht ist. Wenn die Pause ebenfalls zählt, dann sollten die Mathematiker unter uns gemerkt haben, dass das – je nach Sitzungsdauer – auch eine Verschlechterung darstellen kann: Bei kurzen Sitzungen fahren wir schlechter, bei langen ein bisschen besser. In Anbetracht der Tatsache, dass wir nicht 70 Franken pro Stunde verdienen, sondern bei seriösen Vorbereitungen wesentlich weniger, sind wir in Zukunft gerne bereit, das Anliegen der AL mitzudiskutieren und diese Entschädigungsverordnung grundsätzlich zu überarbeiten.*

6 / 7

**Dr. Davy Graf (SP):** Martina Zürcher (FDP): Ich sagte «seit zwölf Jahren». Vor zwölf Jahren ist 2008. Von 2012 habe ich nicht gesprochen. Die ersten beiden Debatten heute sind egozentristisch und mir wärmt es das Herz, dass die FDP nun nicht nur eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnimmt, sondern offensichtlich auch die AHV als primäre Säule ausbauen möchte. Entsprechend macht es mich zuversichtlich für die Zukunft. Andreas Kirstein (AL): Dein Nein in Ehren und ich hoffe, dass dieses Nein die andere Diskussion umso stärker befeuert und nicht in der Naivität untergehen lässt, sondern das Milizsystem mit all den Partnern hier drin stärkt. Entsprechend nehme ich dein Nein wahr und du kannst mir später danken.

#### Änderungsanträge des Büros

Die Mehrheit des Büros beantragt folgende Änderungen zu Art. 2 und 3:

##### Art. 2 Grundentschädigung

<sup>1</sup> Jedes Ratsmitglied erhält ~~insbesondere für die persönliche Informatikausrüstung als Spesenpauschale~~ eine monatliche Grundentschädigung in der Höhe von ~~zwei einfachen Taggeldern gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. a~~ Fr. 260.–.

##### Art. 3 Höhe des Taggelds

<sup>1</sup> Das Taggeld beträgt:

- a. für Sitzungen bis zu zwei Stunden Dauer (einfaches Taggeld) Fr. ~~130.–~~140.–, für jede weitere volle halbe Stunde Dauer (bis maximal acht Stunden Dauer) Fr. 30.–;
- b. für Kurzsitzungen unmittelbar vor oder nach einer Ratssitzung von weniger als einer Stunde Dauer Fr. 50.–.

Für die Berechnung der Sitzungsdauer ist das Protokoll massgebend.

<sup>2</sup> Pausen von mehr als 30 Minuten für Mittag- oder Abendessen werden nicht entschädigt.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit:	Guy Krayenbühl (GLP), Referent; 1. Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Kunz (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Albert Leiser (FDP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), 2. Vizepräsident Mischa Schiwow (AL), Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend:	Martin Bürki (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

7 / 7

Damit ist beschlossen:

Die zu ändernden Artikel 2 und 3 der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

**Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), 171.110**

Art. 2 Grundentschädigung

<sup>1</sup> Jedes Ratsmitglied erhält als Spesenpauschale eine monatliche Grundentschädigung in der Höhe von Fr. 260.–.

Art. 3 Höhe des Taggelds

<sup>1</sup> Das Taggeld beträgt:

- a. für Sitzungen bis zu zwei Stunden Dauer (einfaches Taggeld) Fr. 140.–, für jede weitere volle halbe Stunde Dauer (bis maximal acht Stunden Dauer) Fr. 30.–;
- b. für Kurzsitzungen unmittelbar vor oder nach einer Ratssitzung von weniger als einer Stunde Dauer Fr. 50.–.

Für die Berechnung der Sitzungsdauer ist das Protokoll massgebend.

<sup>2</sup> Pausen von mehr als 30 Minuten für Mittag- oder Abendessen werden nicht entschädigt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat